

Rot-Grün und Volksinitiative „Die Einigung wird die Inklusion in Hamburg weiter verbessern“

Von [Jana Werner](#) |



Insgesamt umfasst die Vereinbarung zwischen Regierung und Volksinitiative 20 Punkte

Weil sich Rot-Grün und eine Volksinitiative geeinigt haben, bleibt Hamburg ein Volksentscheid zum emotionalen Thema Inklusion erspart. Davon profitieren sollen alle Kinder mit oder ohne Förderbedarf.

Sie haben es wieder getan. Die Vorsitzenden der Hamburger Regierungsfractionen, [Andreas Dressel](#) (SPD) und Anjes Tjarks (Grüne), haben zu einer Volksinitiative erregte Bürger erfolgreich ruhiggestellt. Zugegeben, nach monatelangen zähen Verhandlungen, wie beide Seiten am Dienstag im Rathaus fast schon weihnachtssinnig verkündeten.

Dieses Mal waren es die Vertreter der Volksinitiative „Gute Inklusion für Hamburgs SchülerInnen“, die sich vom umtriebigen „A-Team“, wie Andreas Dressel und Anjes Tjarks in [Hamburg](#) genannt werden, in endlosen Nächten umarmen ließen. Oder war es doch eher umgekehrt? Genügt es in Hamburg, lediglich mit einem Volksentscheid zu drohen, damit sich Rot-Grün bewegt? Vielleicht ist es von allem etwas. Und weil eine Einigung selten ohne Kompromisse funktioniert, haben beide Seiten im aktuellen Fall Wesentliches für sich herausgeholt: die Volksinitiative Gute Inklusion deutlich mehr Personal und Qualität im Umgang mit behinderten Kindern und jenen mit sonderpädagogischem Förderbedarf, das „A-Team“ einen Konflikt weniger in der Stadt.

Konkret beinhaltet der 20-Punkte-Pakt etwa Folgendes: Bis 2023 bekommt Hamburg 295 neue Lehrerstellen. Davon werden sich 200 Pädagogen um die sogenannten LSE-Schüler kümmern – um Kinder, die lernschwächer, sozial oder emotional eingeschränkt sind. Das bedeutet, dass künftig häufiger zwei Lehrer gleichzeitig im Unterricht eingesetzt werden können. Aktuell stehen zur Förderung dieser Kinder rund 800 Lehrerstellen zur Verfügung. In der Personaloffensive zudem enthalten sind 70 Lehrerstellen für Kinder mit Autismus, Hör- oder Sehschäden. Ferner sollen an Schulen, die besonders viele Körperbehinderte unterrichten, 25 Therapeuten eingesetzt werden.

Schulabbrecherquote auf sechs Prozent reduziert

„Für den Schulfrieden in unserer Stadt war es wichtig und richtig, einen Volksentscheid zu diesem emotionalen Thema zu vermeiden“, betont SPD-Fraktionschef Dressel. Die Einigung sei gut für Hamburgs Kinder mit und ohne Förderbedarf. Nicht zuletzt bringe der Kompromiss Hamburg „im Bundesvergleich noch weiter nach vorn“. Dressels Grünes Pendant Tjarks erklärt: „Die Einigung mit der Volksinitiative wird die Inklusion in Hamburg weiter verbessern.“ Zukünftig erhalten Kinder mit Behinderungen an den allgemeinbildenden Schulen genauso viel Therapie und Pflege wie an einer

Sonderschule. Hamburg habe die Quote der Schulabbrecher auf sechs Prozent reduziert, sagt Tjarks und kündigt an, diese weiter senken zu wollen.



[Bürgerschaft Dressel und Tjarks – Hamburgs politisches A-Team](#)

Auch Vertreter der Initiative sind mit dem Ergebnis zufrieden. Die Einigung sei eine Investition in die Zukunft – „und zwar für unsere Kinder“, sagt Sprecher Maik Findeisen. Der Deal führe zu einer Entlastung der Sozialsysteme, „wenn unsere Kinder eine Ausbildung und damit einen Beruf erlernen“. Seit August hatten beide Seiten um einen Kompromiss gerungen. Damit der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Förderbedarf an Grund- und Stadtteilschulen besser wird, hatte die Initiative anfangs doppelt so viele Stellen für Lehrer, Erzieher und Sozialpädagogen gefordert, wie sie nun durchgesetzt hat. Dennoch sei die Einigung ein wesentlicher Schritt nach vorn, betont Pit Katzer von Gute Inklusion. Denn ohne die Initiative wäre keine einzige neue Stelle geschaffen worden.

Das neue Personal wird allerdings nicht sofort, sondern „aufwachsend“ installiert. So profitieren zuerst die Vorschulen von dem Pakt, dann die ersten und die fünften Klassen. Finanziell musste Rot-Grün dafür an die „absolute Schmerzgrenze“ gehen, wie Dressel gesteht. Das Ergebnis sei nur vertretbar, weil es schrittweise eingeführt werde. Demnach können Dressel zufolge die „Maßnahmen, die mit einem Kostenvolumen von rund fünf Millionen Euro ab dem Schuljahr 2018/19 starten und bis auf 25 Millionen Euro 2023 steigen, im Rahmen der anstehenden Änderungen des Finanzrahmens beziehungsweise aus dem Schulbaubudget mit größten Kraftanstrengungen der Koalition gerade noch finanziert werden“.